PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

# Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg.1964 / Nr.13 (17) 1.Juli Einzelpreis S 3,-

## Die revisionististische Politik verschärft die Gefahr des Bonner Revanchismus

**Angesichts der sich in den letzten Jahren verschärfenden Gefahren für die Unabhängigkeit Österreichs, vor allem aber im Hinblick auf die verhängnisvolle revisionistische Tendenz, die Gefahr des deutschen Imperialismus isoliert, ohne Zusammenhang mit den Plänen des US-Imperialismus zu betrachten, gewinnt der nachstehend veröffentlichte z w e i t e T e i l*) der Untersuchung unseres Mitarbeiters besondere Bedeutung.**

Wenn man darauf verweist, daß der wiederbelebte deutsche Militarismus die Hauptgefahr für den Frieden in Europa darstellt, pflegen die Klopffechter des westdeutschen Monopolkapitals - vom offiziellen Sprachrohr in Bonn ("Bulletin", 10.4.1964) bis zu den rechtssozialistischen Handlangern der westdeutschen Imperialisten - eine Unschuldsmiene aufzusetzen und mit treuherzigem Augenaufschlag an die Beweiskraft der Logik zu appellieren: Ist nicht, so fragen sie, die Bundesrepublik unvergleichlich schwächer als Hitlerdeutschland war? Ist nicht das sozialistische Lager unvergleichlich stärker als um die Wende der dreißiger Jahre die Sowjetunion war? Stellt nicht Westdeutschland trotz seines "Wirtschaftswunders" und seiner Wiederaufrüstung angesichts der heutigen Kräfteverhältnisse in der Welt eine drittklassige Macht dar? Ist nicht durch die Entwicklung

*) Den ersten Teil der Arbeit veröffentlichten wir in der vorigen Nummer (15.Juni 1964).

**Aus dem Inhalt:**

Seite

8 Die positive Seite eines schmählichen Verrats

10 Waldeck-Rochet und die EWG

11 VDS - weiter auf dem "rechten" Weg

16 Die oberösterreichische Landeskonferenz der KPÖ

20 Vom Internationalen Juristenkongreß in Budapest

22 New Yorker Weltausstellung im Zeichen des Polizeiknüttels

der modernen Waffen ein von Westdeutschland gestarteter Aggressionskrieg einfach ein Ding der Unmöglichkeit geworden? Darauf gibt es nur eine Antwort:

- Jawohl, die Sachlage hat sich im letzten Vierteljahrhundert gründlich geändert, und auf sich allein gestellt, gegen den Willen der Westmächte, könnten heute die Bonner Militaristen, wie sehr sie es auch möchten, keinen Weltkrieg entfesseln, selbst wenn sie schon eigenmächtig über Atomwaffen verfügen könnten. Doch sind diese Fragen von vornherein f a l s c h  g e s t e l l t.

Schon Hitlerdeutschland war relativ nicht stärker, sondern bedeutend schwächer als das wilhelminische Kaiserreich, und es konnte seine Aggressionskriege lediglich dank der offenen und versteckten Unterstützung seitens der Imperialisten der USA, Englands und Frankreichs planen und in Szene setzen. Mehr noch: Das "Dritte Reich" selbst ist bekanntlich nichts anderes als das Produkt der gemeinsamen Bemühungen aller Imperialisten, im Zentrum Europas einen Rammbock gegen die sozialistische Sowjetunion, den ersten Arbeiter - und Bauernstaat der Welt, zu schaffen. Seit dem Versailler Vertrag von 1919 hatten die Westmächte, allen voran die USA, alles daran gesetzt, mit Finanzhilfe und politischer Unterstützung nicht gespart, um die deutschen Imperialisten für den konterrevolutionären Feldzug aufzupäppeln und aufzurüsten. Ihre von Stalin auf dem 18. Parteitag der KPdSU eingehend analysierte "Nichteinmischungs"-Politik, die Aufopferung des heldenmütigen spanischen Volkes, die Preisgabe Österreichs, der Verrat an der Tschechoslowakei - das alles waren doch bekanntlich die entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß Hitler imstande war und es wagen konnte, den zweiten Weltkrieg vom Zaun zu brechen. Eben deshalb tragen ja alle Imperialisten gemeinsam die Schuld an diesem bis dahin ungeheuerlichsten Massenmorden in der Geschichte der Menschheit.

Und heute? Wer anders als die USA und ihre NATO-Partner haben das Potsdamer Abkommen gebrochen, den Bonner Separatstaat gezimmert, die alten Nazigeneräle wieder auf Kommandoposten gestellt, die westdeutsche Kriegsindustrie in Gang gebracht, die revanchistische Bundeswehr ins Leben gerufen und bewaffnet, den Geist des rabiaten Militarismus und Chauvinismus in Westdeutschland neu belebt? Wer spornt die Bonner Imperialisten immer wieder zu Provokationen gegen die DDR, die CSSR und andere Nachbarländer Westdeutschlands an, wenn nicht die USA? Wer stemmt sich immer wieder entscheidend gegen einen deutschen Friedensvertrag und hält in Westberlin dauernd die Lunte am Pulverfaß, wenn nicht der amerikanische Imperialismus? Und sind es nicht schließlich dieselben USA, die einerseits mit dem Schlagwort "keine Verbreitung von Kernwaffen" das sozialistische Lager schwächen wollen, andererseits selbst auf diese oder jene Weise den westdeutschen Nazi-Generälen Atombomben in die Hand drücken? Es ist nachgerade beschämend, daß man diese allgemein bekannten Tatsachen ins Gedächtnis zurückrufen muß - so sehr haben es bereits die Revisionisten mit Chruschtschow an der

Spitze vermocht, in den Augen breiter Massen und vieler Kommunisten die selbstverständliche Wahrheit zu verdunkeln,

- daß heutzutage die westdeutschen Imperialisten ohne den amerikanischen Imperialismus unfähig sind, einen Krieg gegen das sozialistische Lager zu entfesseln, daß aber andererseits die ganze Politik der USA gerade darauf hinausläuft, sie dazu zu befähigen!

Wer also ehrlich um die Unabhängigkeit Österreichs besorgt ist, die in der Tat von Seiten des westdeutschen Imperialismus sehr ernsthaft bedroht ist, der muß vor allen Dingen die niederträchtigen Machenschaften des USA-Imperialismus entlarven, der hinter den revanchelüsternen Militaristen Westdeutschlands steht, sie aufrüstet und aufhetzt, ihnen die realen Mittel in die Hand gibt, die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern der DDR zunichte zu machen, die Sicherheit Polens , der CSSR und anderer Länder Europas zu gefährden und auch die nationale Unabhängigkeit unseres Volkes abermals in Frage zu stellen.

- Nur wenn der amerikanische Imperialismus gezwungen wird, seine Truppen und Atomwaffen aus Westdeutschland und den anderen Ländern Westeuropas abzuziehen, seine Stützpunkte auf europäischem Gebiet zu schleifen, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen und auf dieser Grundlage eine gerechte Lösung des Westberlin-Problems zu ermöglichen - nur dann kann die Gefahr, die der westdeutsche Militarismus für den Frieden Europas und für die Unabhängigkeit Österreichs bedeutet, weitgehend gebannt werden.

Chruschtschows Politik läuft auf das genaue Gegenteil hinaus: Ebenso wie die amerikanischen Atom- und Raketenwaffen (zusammen mit den sowjetischen) ihm zufolge einen "Schutzschild" des Weltfriedens darstellen, glaubt er, die Besatzungstruppen der USA in Europa seien ein Hemmschuh für den westdeutschen Revanchismus. Deshalb hat er auf den Abzug der Amerikaner aus Westberlin praktisch verzichtet und sich im Prinzip bereits darauf eingelassen, den USA Kontrollrechte auf den Verkehrswegen der DDR einzuräumen. Der Mann, der sich lautstark als "Antidogmatiker" preisen läßt und die kommunistische Weltbewegung spalten will, weil (unter anderem) die Marxisten-Leninisten sein "theoretisches Schöpfertum" nicht anerkennen, ist nicht imstande, die wesentlichen Veränderungen zu erkennen, die das Kräfteverhältnis innerhalb des imperialistischen Lagers seit dem zweiten Weltkrieg erfahren hat.

Chruschtschow und seine Leute geben vor, die interimperialistischen Gegensätze zwischen Washington und Bonn zum Vorteil der UdSSR auszunützen, wenn sie die amerikanischen gegen die westdeutschen Imperialisten

**WÄHREND DER URLAUBSMONATE**

Juli und August erscheint nur je e i n e Nummer der "Roten Fahne" - jeweils zu Beginn des Monats. Ab 1.September erscheint die Zeitung wieder in der gewohnten Folge.

unterstützen. Einer dieser Gegensätze besteht aber gerade darin, daß letztere nicht bloß ein Werkzeug der amerikanischen Aggressions- und Kriegspolitik in Europa sein, sondern eine selbständige Rolle im "Konzert der Mächte" - auch gegenüber den USA - spielen wollen.

Jedoch eben nur als willfähriges Werkzeug des US-Imperialismus, der es besetzt hält und kontrolliert, stellt Westdeutschland eine reale Gefahr für die Sicherheit der Sowjetunion und der sozialistischen Länder Europas, für den Frieden dieses Kontinents dar, während es als unabhängige, den USA selbständig gegenübertretende Kraft nicht nur keine unmittelbare Gefahr in diesem Sinne sein kann, sondern sogar in gewissem Maß auf gute Beziehungen zu den Ländern des Sozialismus und der zwischen diesen und den USA gelegenen "Zwischenzone" angewiesen wäre!
Die Unterstützung der USA gegen Westdeutschland bedeutet daher eine Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa, eine Verstärkung der von den USA bewußt geförderten aggressiven Tendenzen des westdeutschen Imperialismus nicht nur den sozialistischen, sondern auch den kapitalistischen Ländern Europas gegenüber, mithin eine Erhöhung der Gefahr für unsere Unabhängigkeit.

In engstem Zusammenhang damit steht die ebenso total verkehrte Politik der modernen Revisionisten Chruschtschowscher Spielart in bezug auf die nationale Frage Deutschlands.

In seinem letzten Werk, den "Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR", sagte Stalin voraus (man schrieb 1952), daß sich die im zweiten Weltkrieg unterlegenen respektive geschwächten Großmächte wie Japan, Westdeutschland und Frankreich nicht auf die Dauer von den USA treten lassen würden, daß sie wieder zu Kräften kommen und ihre herrschenden Klassen gegen die amerikanische Bevormundung aufbegehren werden. Die Veränderungen, die sich in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren in den Beziehungen zwischen Frankreich und den USA immer deutlicher kundtun, die selbständige Rolle, die Frankreich, besonders in den letzten Monaten, in der Weltpolitik zu spielen begann - das alles zeigt, wie recht Stalin mit seiner marxistischen Analyse hatte. Auch das japanische Monopolkapital hat leise aufzumucken begonnen. Seine Proteste gegen die ökonomischen Druckmaßnahmen der USA-Regierung in bezug auf die japanische Handels- und Finanzpolitik, die zunehmenden Bestrebungen innnerhalb der Großbourgeoisie Japans zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit China und die Versuche der japanischen Regierung, mit den Konkurrenten der USA unter den Westmächten, vor allem mit Frankreich, engere Fühlung zu nehmen, beweisen, daß es sich bei der Verschärfung des französisch-amerikanischen Gegensatzes durchaus nicht um eine persönliche Eigenwilligkeit de Gaulles handelt, wie die bürgerlichen Kommentatoren und die verbürgerlichten Revisionisten glauben machen wollen.

Im Lichte dieser Gesetzmäßigkeit ist nun auch der zwischen de Gaulle und Adenauer abgeschlossene Pakt zu bewerten. Im Gegensatz zu den Revisionisten mit Chruschtschow an der Spitze, die jeden Sinn für

die weltpolitische Realität vermissen lassen, haben die amerikanischen Imperialisten natürlich sehr gut verstanden, daß damit ein vor allem gegen ihre Vorherrschaft gerichteter Schritt getan wurde. Sie zögerten auch keine Minute, um zu energischen Taten überzugehen. Adenauer mußte gehen (sein treuer außenpolitischer Sekundant Brentano hatte schon vorher dem amerikahörigen Schröder weichen müssen). ERHARDS Amtsantritt stand voll und ganz im Zeichen des bekräftigten Vasallenstatus Westdeutschlands gegenüber den USA. Daß Erhard noch unverschämtere Revanchereden hält als sein Vorgänger, daß gerade in der Zeit des Regierungswechsels in Bonn eine besonders freche Provokation auf der Autobahn nach Westberlin stattfand, daß die straffreien Einflüge amerikanischer Spionageflugzeuge in den Luftraum der DDR nachgerade zu einem neuen sportlichen Bewerb zu werden drohen - all das ist nur die logische Folge dessen, daß Washington in Westdeutschland wieder die Zügel straffer zu ziehen vermochte (nicht ohne die politische Schützenhilfe Chruschtschows). Die USA können aber die Selbständigkeitstendenzen in Bonn auf die Dauer nicht völlig drosseln. Im Gegenteil: Mit dem Anwachsen ihrer wirtschaftlichen Gegensätze zu Westdeutschland wird sich dessen widersprüchliche Situation unweigerlich zuspitzen. Dabei treten aber zwei Tendenzen innerhalb des deutschen Monopolkapitals immer schärfer in Konkurrenz zueinander: Die Tendenz, sich von den USA relativ frei zu machen (gestützt auf deren Rivalen im imperialistischen Lager und auf eine gewisse Verbesserung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern) - und die von den US-Imperialisten immer intensiver geförderte Tendenz zur Expansion und Aggression gegen-



über der DDR, den sozialistischen Ländern Europas und den "westlichen" Nachbarn der Bundesrepublik, vor allem gegen Österreich. Es liegt auf der Hand, daß es im Interesse der europäischen Arbeiterklasse und des sozialistischen Lagers liegen muß, diese zweite, überaus gefährliche Tendenz einzudämmen. Das kann aber nur geschehen, wenn die deutschen Bestrebungen zur nationalen Unabhängigkeit vom USA-Imperialismus entschieden unterstützt werden.

Es ist eine schwere Schuld der Revisionisten, daß die unvermeidlichen Bestrebungen des deutschen Volkes zur nationalen Einheit und Unabhängigkeit von den schlimmsten Reaktionären, den alten Nazihenkern und den neuen Faschisten, für ihre dunklen Zwecke ausgenützt werden können. Es wiederholt sich damit die tragische Situation der Weimarer Republik, in der es die Nazifaschisten vermochten, sich als Vorkämpfer gegen die drückenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, gegen die Ausplünderung durch Reparationen, Dawes- und Young-Anleihen, für die nationale Befreiung des deutschen Volkes aufzuspielen und große Massen zu betören, die sie dann in das Verbrechen des Hitlerkrieges hineinzogen. Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, des internationalen Proletariats und der sozialistischen Länder ist es, nicht zuzulassen, daß sich das alte Spiel und das alte Verbrechen erneuern. Das deutsche Volk hat ein Recht auf nationale Einheit und Unabhängigkeit, und es wird auf die Dauer unmöglich sein, es daran zu hindern, daß dieses Recht sich durchsetzt.

● Die entscheidende Frage ist nur, ob dies auf demokratische Weise, im Einklang mit den Interessen des werktätigen Volkes Deutschlands und des Friedens in Europa geschieht, oder auf reaktionäre Weise, verbunden mit einer Neuauflage faschistischer Barbarei und mit einem neuen Kriegsabenteuer.

<u>Stalin</u> sagte mehrmals in den Tagen des erbitterten heldenmütigen Kampfes des Sowjetvolkes gegen Hitlerdeutschland: Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat, bleiben. <u>Molotow</u> warnte nach dem Krieg unzählige Male eindringlich davor, Deutschland zu spalten, die Frage der nationalen Einheit Deutschlands zu einer Propagandalosung der Reaktion zu machen. Die Sowjetunion und die deutschen Kommunisten haben bis zum Jahre 1953 unentwegt für die Einheit Deutschlands, für seine nationale Unabhängigkeit gekämpft. Die Westmächte mit den USA an der Spitze waren es, die das Potsdamer Abkommen verletzten, Westdeutschland abspalteten, einen Separatstaat in ihren Besatzungszonen errichteten und bis zum heutigen Tag einen Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug aller Besatzungstruppen, und die Lösung der inneren Probleme Deutschlands durch die Deutschen selbst verhindern. Es gibt nicht den geringsten Grund dafür, daß die UdSSR, die übrigen sozialistischen Länder, die Völker Europas und vor allem die deutschen Werktätigen selbst von der bis 1953 eingenommenen richtigen Haltung abgehen sollten.

Leider ist das seit Chruschtschows Machtantritt geschehen: Die Lo-

sung der Wiedervereinigung wurde der Reaktion überlassen und dieser Losung die völlig falsche, unmarxistische, historisch unhaltbare Losung der " zwei deutschen Staaten" ausgegeben. Die Rolle der DDR, des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, des Bannerträgers einer friedlichen und demokratischen Entwicklung der deutschen Nation und eines antifaschistischen, antimilitaristischen und antimonopolistischen einheitlichen deutschen Staates wurde preisgegeben. Der Bonner Separatstaat wurde von Chruschtschow aufgewertet, als er den schändlichen Moskauer "Atomtestvertrag" schloß, dem ostentativ, d.h. vor den Augen der ganzen Welt, Bonn als von allen Signataren anerkannte, gleichberechtigte Macht beitrat, den die DDR aber nur als Gefolgsmann Chruschtschows unterzeichnen konnte! Der Friedensvertrag mit Deutschland, für den Chruschtschow Fristen setzte, die er immer wieder hinausschob, und den er erforderlichenfalls mit der DDR allein zu unterzeichnen versprach, wurde von ihm praktisch fallen gelassen. Die Souveränität der DDR wurde bei den letzten militärischen Provokationen der USA nicht einmal dem Schein nach mehr gewahrt, im Gegensatz zu Bonn ist die DDR von der Genfer Welthandelskonferenz mit faktischer Zustimmung der UdSSR ausgeschlossen usw.usf.

Wie kommt es, daß die Koreanische Demokratische Volksrepublik und die Demokratische Republik Vietnam eine so bedeutende Rolle im Kampf um die nationale Einheit und Unabhängigkeit ihrer gleichfalls vom USA-Imperialismus gespaltenen Nationen spielen können? Es gibt keine andere Antwort auf diese Frage als die folgende:

Weil diese beiden sozialistischen Staaten von marxistisch-leninistischen Parteien geführt werden, die nicht nach jemandes Pfeife tanzen, die sich beim Aufbau des Sozialismus vor allem auf die eigene Kraft orientieren, die richtig erkannt haben, daß der Hauptfeind der US-Imperialismus ist, die in kühner Anwendung der allgemeinen Grundsätze des Marxismus-Leninismus auf die besonderen Verhältnisse ihrer Länder es verstanden haben, die Sache ihrer Nationen zu ihrer eigenen Sache zu machen und sich selbst immer mehr das Ansehen der führenden Kraft ihrer Nation zu verschaffen!

Die Kommunisten der DDR und Westdeutschlands haben den selben Feind und dieselben Aufgaben wie ihre Genossen in Korea und Vietnam. Die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage liegt im Interesse auch der österreichischen Arbeiterklasse, des österreichischen Volkes. Die Deutsche Demokratische Re publik und die gegen den amerikanischen Imperialismus und die westdeutschen Militaristen und Monopolkapitalisten kämpfenden Arbeiter und Demokraten Westdeutschlands müssen daher von uns tatkräftig unterstützt werden. Das Scharwenzeln unserer Revisionisten vor der falschen Deutschlandpolitik Chruschtschows, die Mißachtung des proletarischen Internationalismus u.a. in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik, und gar erst der sich bei manchen Revisionisten äußernde österreichisch-nationale Chauvinismus gegenüber dem deutschen Nachbarvolk - all das ist nur dazu angetan, den rechtsextremistischen Nationalismus im deutschen Volk zu stärken und damit die nationale Unabhängigkeit Österreichs zu gefährden.

(Ein Schlußteil folgt)

## DIE POSITIVE SEITE EINES SCHMÄHLICHEN VERRATS

In den Gesprächen, die wir anläßlich unseres Besuches in Volkschina mit chinesischen Genossen in verschiedenen Betrieben führten, nahm die Frage des Abzuges der sowjetischen Spezialisten im Jahre 1960 einen nicht unbedeutenden Platz ein.

Was wir darüber in Erfahrung bringen konnten, wirft ein grelles Licht auf die Skrupellosigkeit der Chruschtschowleute und zeigt, wie weit sich diese bereits vor vier Jahren von den Normen des proletarischen Internationalismus entfernt hatten.

Während der Bukarester Besprechungen im Frühjahr 1960 unternahmen die Revisionisten einen "Blitzüberfall", um den chinesischen Vertretern ihre "neuerarbeiteten" ideologischen Positionen aufzudrängen. Dieser plumpe Versuch scheiterte an der Prinzipientreue der chinesischen Marxisten.

Anfang August des Jahres 1960 schritt Chruschtschow dann zu jenem Akt der politischen Erpressung, der in der Geschichte der internationalen kommunistischen Weltbewegung bisher keine Parallele hat.

1.390 sowjetische Spezialisten wurden, viele von ihnen buchstäblich über Nacht, samt den Konstruktionsplänen und sonstigen technischen Daten, aus China abgezogen, 343 Verträge gebrochen und 257 Projekte widerrechtlich nicht realisiert.
Die chinesischen Genossen standen vor halbfertigen Betrieben oder vor solchen, zu deren Führung ihnen jedes eingeschulte Personal fehlte. Zur gleichen Zeit - das war den Revisionisten nicht unbekannt - zeichneten sich in verschiedenen Teilen des Landes die Folgen schwerer Naturkatastrophen ab. Es schien, Volkschina habe in dieser Situation keine andere Wahl, als beliebige Bedingungen anzunehmen.

Zum Vorwand für ihr treubrüchiges Vorgehen nahmen die Revisionisten die lügenhafte Behauptung, daß die Lebensbedingungen der sowjetischen Techniker in China "unerträglich" seien. In Wirklichkeit waren diese technischen Kräfte in den besten Hotels untergebracht (wir haben solche Hotels, wo noch heute russische Aufschriften auf ihren früheren Verwendungszweck hinweisen, selbst gesehen - ganz abgesehen davon, daß dieses Argument unter kommunistischen Kampfgefährten an sich abwegig erscheint). Auch standen die Spezialisten, wie uns immer wieder bestätigt wurde, zu ihren chinesischen Arbeitspartnern in vorzüglichen menschlichen Beziehungen und unsere chinesischen Freunde sind ihnen noch heute für ihre Leistungen von Herzen dankbar. Auch wurde uns berichtet, daß viele sowjetische Spezialisten mit Tränen in den Augen die Heimreise antraten, weil sie sich der Tragweite der Chruschtschowschen Verräterei bewußt waren.
Die abenteuerliche Erpresserpolitik Chruschtschows hat aber im chinesischen Volk ungeahnte Kräfte geweckt.

Der Aufruf der Partei, "auf zwei Beinen zu gehen" (d.h.den Sozialismus aus eigener Kraft aufzubauen), fand in breitesten Schichten

der Arbeiter, Bauern und der werktätigen Intelligenz begeisterten Widerhall.

Unter dem wütenden Gekläff der Weltreaktion und der modernen Revisionisten sind die chinesischen Genossen an die Lösung schwierigster Probleme herangegangen und es kann heute ohne Übertreibung behauptet werden, daß sie die Schwierigkeiten von 1960 überwunden haben. Aber nicht nur das - die tragischen Ereignisse und die Meisterung ihrer Folgen haben das chinesische Volk in seiner Überzeugung bestärkt, daß es auf dem Wege des Marxismus-Leninismus, geführt von der KP Chinas mit dem Genossen MAO TSE TUNG an der Spitze, alles aus eigener Kraft erreichen kann.

Das ist der innerchinesische Aspekt dieser Sache. Sein außerchinesischer, internationaler Aspekt ist nicht minder bedeutungsvoll.

Wären die chinesischen Genossen tatsächlich, wie man ihnen vorwirft, Nationalisten und Chauvinisten, so hätten sie den scheinbar einfacheren Weg gewählt, sich dem Chruschtschowschen Diktat gefügt und die sowjetische Hilfe in möglichst großem Ausmaß in Anspruch genommen. Dieser Schritt hätte allerdings für die kommunistische Weltbewegung verheerende Folgen gehabt. Die Sowjetunion ist ja kein x-beliebiges Land, sondern das Land der Oktoberrevolution, der erste sozialistische Staat. Ihrer Führung gaben die kommunistischen und fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt durch Jahrzehnte hindurch jeden Vertrauensvorschuß.

Hätte also die Volksrepublik China um den Preis einer weiteren sowjetischen Hilfe geschwiegen, dann hätte das den Kampf der konsequenten Marxisten-Leninisten gegen den Revisionismus unerhört erschwert und hätte den Revisionisten die Möglichkeit geboten, unter dem Motto des unbegrenzten Vertrauens zur Sowjetunion, aber auch gedeckt durch das große revolutionäre Prestige der KP Chinas, ihre falschen Theorien zu verbreiten. Die chinesischen Genossen sind nicht diesen "bequemen" Weg gegangen, sondern haben die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus vorangestellt. Unter schwierigsten Bedingungen sind sie, zusammen mit der Albanischen Partei der Arbeit, in gefährlichster Stunde an die vorderste Front des Kampfes gegen den Revisionismus getreten und haben ihm die erste entscheidende Niederlage beigebracht.

Sie haben es den arbeitenden Menschen dadurch leichter gemacht, die objektive Wahrheit und die Gesetze des Handelns zugunsten der historischen Notwendigkeit zu erkennen. Dafür sind wir ihnen zu tiefstem Dank verpflichtet. Ihre mutige Haltung macht eine künftige Einigung des Weltproletariats auf der Basis des Marxismus-Leninismus überhaupt erst wieder möglich.

Die Tragweite dieses Geschehens und seinen politischen Inhalt zu erkennen und daraus praktische Konsequenzen zu ziehen - das ist die dringende Aufgabe und Verpflichtung, die heute vor uns steht.

Th.H.

## REISEEINDRÜCKE AUS DEM SOZIALISTISCHEN CHINA

In einer trotz der schon begonnenen Urlaubssaison und ausgesprochener Hundstagshitze sehr gut besuchten Versammlung berichteten am Samstag, den 13.Juni,die sechs Genossen, die als Delegierte der "ROTEN FAHNE" kürzlich eine dreiwöchige Studienreise in das sozialistische China unternommen hatten, über ihre Erlebnisse und Eindrücke. Wie die Berichte zeigten, kamen die Genossen nicht nur zutiefst beeindruckt von den sozialistischen Aufbauerfolgen Volkschinas zurück, sondern auch bereichert um manch schmerzliche Erkenntnis des erschütternden Ausmaßes an Desinformation, das eine kleinliche und mißgünstige revisionistische "Kritik" seit Jahr und Tag über das volkreichste sozialistische Land der Erde verbreitet.

In China marschiert der Sozialismus, triumphiert die konsequente Anwendung unserer revolutionären Prinzipien, bewährt sich der Marxismus-Leninismus - das war der rote Faden, der sich durch alle Berichte zog, ob sie sich nun mit Fragen der Warenversorgung Chinas, seines industriellen Entwicklungsstandes, der Volkskommunen oder seiner Position in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Revisionismus beschäftigten.

Den Berichten, bei denen auch an die 100 Diapositive gezeigt wurden, folgte eine fast zweistündige interessierte Diskussion. Die "ROTE FAHNE" wird in den kommenden Nummern Auszüge aus diesen Berichten veröffentlichen.

REISEEINDRÜCKE AUS DEM SOZIALISTISCHEN CHINA
REISEEINDRÜCKE AUS DEM SOZIALISTISCHEN CHINA
REISEEINDRÜCKE AUS DEM SOZIALISTISCHEN CHINA

***************************************

# DINGE, DIE ZU DENKEN GEBEN

## IST DAS DER "NEUE KURS"?

### Skandalöse Erklärungen des neuen Generalsekretärs der KP Frankreichs

WALDECK-ROCHET, der neue Mann an der Spitze der KP Frankreichs, hat unmittelbar nach seiner Wahl im Klub der Parlamentsjournalisten eine Reihe von Erklärungen abgegeben, die zeigen, wie weit der Revisionismus schon heute auf seinem Weg des Verrats und der Kapitulation zu gehen bereit ist.

In Beantwortung einer Anfrage über das Verhältnis der KPF zur französischen SP (SFIO) antwortete Waldeck-Rochet, daß die KPF den Austritt Frankreichs aus der NATO <u>nicht</u> zur Vorbedingung einer Vereinbarung mit der SP und "den anderen demokratischen Kräften" mache. Er teilte ferner mit, daß die KPF zweifellos <u>Kandidaten für ein eventuelles"europäisches Parlament" stellen</u> werde. Ebenso wie die NATO stelle auch die EWG kein Hindernis für eine Annäherung dar.

Nachdem er die Besorgnisse mancher Sozialisten bezüglich der Orientierung der EWG erwähnt hatte, erklärte Waldeck-Rochet:

"Wir glauben, daß es möglich ist, daß sich zwischen uns (der KPF und der SPF, Anmerkg.) eine positive Zusammenarbeit entwickelt mit der Perspektive, im Schosse der EWG und der anderen europäischen Institutionen für eine andere Politik zu kämpfen, die nicht die der Trusts und Kartelle wäre, sondern die den Interessen der Werktätigen jedes Landes Rechnung trägt und unsere nationalen Interessen berücksichtigt."

Die hier vertretenen Ideen der Anerkennung und faktischen Unterstützung der reaktionären "Europa"-Institutionen, insbesondere aber der EWG und schließlich auch der NATO wurden in Frankreich schon einmal von den Verantwortlichen der Revue "Economie et Politique" ventiliert. Sie wurden deshalb auf dem Parteitag von 1961 aus dem ZK der KPF entfernt. Heute verkündet der Chef der KPF selbst eine solche Kollaboration mit der EWG!

Es liegt auf der Hand, daß es sich dabei nicht nur um einen Verrat an der französischen Arbeiterklasse handelt. Gerade jetzt führt die österreichische Arbeiterklasse einen schweren Kampf, um die Einordnung unseres Landes in die westlichen Wirtschafts- und Kriegsvorbereitungskombinationen zu verhindern. Mit seinen Pro-EWG-Erklärungen fällt ihr dabei der französische Revisionismus in den Rükken, verrät er auch die Arbeiterklasse unseres Landes.

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

## AUF DEM "RECHTEN" WEG: VDS

### VEREINIGUNG DEMOKRATISCHER STUDENTEN

Der VDS, die wegen ihrer extrem-revisionistischen Eskapaden nachgerade berüchtigte Studentenvereinigung der KPÖ, hat kürzlich eine neue politische Aktion gestartet. Der Umstand, daß der Ostberliner Ordinarius Prof.HAVEMANN, der (gemeinsam mit Ernst Fischer) schon auf einer Plenartagung des ZK der SED politisch angegriffen worden war, von seinem Posten abgelöst wurde, genügte einigen Wortführern im VDS bereits, seinen Namen auf ihre Fahnen zu schreiben und ihn als antistalinistischen Märtyrer und Freiheitshelden anzusehen, dem unbedingt geholfen werden müsse. So sandten sie in der Sache Havemann nicht nur Protest- bzw. Solidaritätsschreiben an das ZK der SED, an die Leitung der "Freien Deutschen Jugend" und an den "Internationalen Studentenbund", sondern organisierten auch eine diesbezügliche Solidaritätskundgebung, zu der sie neben zahlreichen "alten Herren" auch etliche Ultrachruschtschowianer zwischen Prager und Löwy auf die Beine brachten.

Im Cafe Landtmann wurde natürlich viel von "Freiheit" und "Demokratie", von Verzicht auf Repressalien usw. geredet, wobei Prager die in Österreich herrschende Freiheit rühmte, die es Marxisten sogar gestatte, Universitätsprofessoren zu werden (DDR, nimm Dir

ein Beispiel!). Nicht vorgesehen war von den Veranstaltern allerdings, daß auch ein zufällig in Wien anwesender deutscher Kommunist das Wort ergriff und meinte, daß die Suspendierung Havemanns doch eigentlich eine Sache der Deutschen sei, während die hiesigen Tugendwächter der Freiheit ja ein reiches Betätigungsfeld im Kampf gegen die Ausschlüsse, Absetzungen und Repressalien hätten, die ihre eigene Parteiführung in wachsender Zahl vornimmt. Die entrüstete Ablehnung dieses so plausiblen Vorschlags zeigte, daß es den Veranstaltern eben nicht um Demokratie und Freiheit an sich, sondern ausschließlich um die Richtung geht, in der man davon Gebrauch macht - um die rechte, versteht sich.

Gewiß, man soll den Einfluß und die Bedeutung der mehr oder minder "standesgemäßen" Aktionen des VDS nicht überschätzen. Doch man darf das, was hier vorgeht, auch nicht bagatellisieren!

Es geschieht direkt unter den Augen der Parteiführung, unter wohlwollender Unterstützung und Förderung vieler ihrer prominenten Funktionäre! Mehr noch: DIE TREIBENDEN KRÄFTE IM VDS SIND IN VIELEN FÄLLEN SÖHNE UND TÖCHTER DER SPITZENFUNKTIONÄRE DES PARTEI- UND WIRTSCHAFTS-APPARATES DER KPÖ. Die "goldene Jugend" der Partei, die Sprößli nge ihrer führenden Kader - sie sind der Vortrupp des äußersten Revisionismus, die rechte Avantgarde der politischen Degeneration der Partei! D i e s e Tatsache sagt mehr über die Zustände in der Parteiaristokratie als lange Untersuchungen und demonstriert augenfällig das Maß ihrer Entartung.

---

## Amerikanische Flugzeuge griffen Pathet-Lao-Stellungen an

**! Auch Kriegsrisiko !**

**USA drohen Peking**

WASHINGTON (reuter). Die USA sind bereit, nötigenfalls einen Krieg mit China zu riskieren, um Südostasien vor einer kommunistischen Aggression zu retten. Dieser Standpunkt Washingtons wurde Freitag von maßgeblicher Seite bekannt.

**WASHINGTON (upi, ap). Der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik, Admiral Felt, erklärte, die USA seien entschlossen, notfalls einen Krieg mit Peking zu riskieren**

Wie in Washington bekanntgegeben wurde, hat jetzt auch die amerikanische Luftwaffe Aufklärungsflüge unter Eskorte schwerbewaffneter Düsenjäger über dem kommunistisch besetzten Teil von Laos unternommen. Diese Flüge wurden im Einvernehmen mit der von Präsident Johnson befürworteten Politik des militärischen Druckes auf die Kommunisten unternommen. In den letzten Tagen soll das Hauptquartier der Pathet-Lao-Truppen in Khang Khay durch Jagdbomber amerikanischer Bauart bombardiert worden sein.

Während die bürgerliche Presse mit der amerikanischen Kriegs- und Aggressionspolitik prahlt, lobt Chruschtschow die "Vernunft" der amerikanischen Kriegsbrandstifter und verleumdet das sozialistische China als weltkriegslüstern!

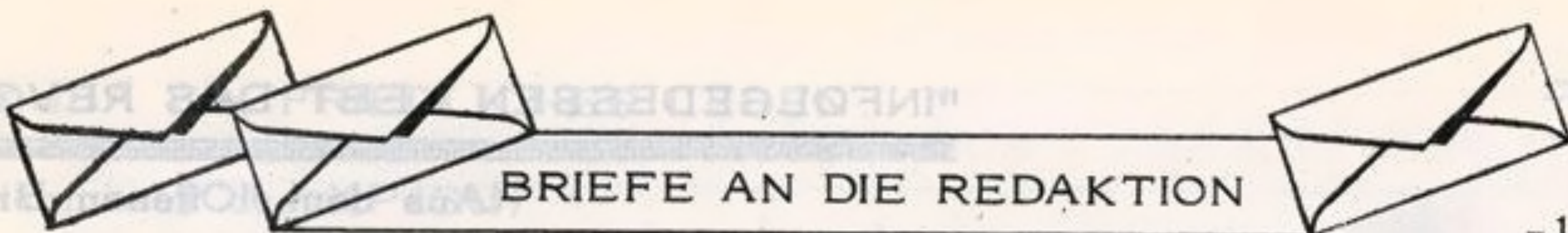
Die Amerikaner versichern, daß sie Bomben gelagert hätten. Einverstanden, wir wissen es, aber sie sind so vernünftig zu sagen, daß wir auch solche an Lager haben.

Wir wollen kein Geschwätz wie die Chinesen. Die Länge der Zunge ist kein Unterpfand des Erfolgs

Die Chinesen treiben uns ins Abenteuer; aber wir sagen ihnen Nein.

Man will uns in einen Weltkrieg stürzen, aber wir entgegnen den Abenteuerlustigen: Nein, keine Abenteuer.

(Chruschtschow am 12.Juni im Kreml)






Von Genossen Karl SACHER, dem langjährigen Redakteur der "Volksstimme" und späterem Vertreter der KPÖ in der Redaktion der internationalen Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", den Lesern von "Weg und Ziel" auch durch eine Vielzahl kenntnisreicher Artikel bekannt, die er insbesondere über Fragen der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung schrieb, sandte uns den nachstehend abgedruckten Brief. Genosse Sacher, der schon vor einigen Jahren als Mitglied der Studiendelegation in die chinesische Volksrepublik dieses Land bereiste, ist gegenwärtig wieder in Peking.

Peking, im Mai 1964

An die Redaktion der "Roten Fahne"

Liebe Genossen!

Auch hier, fern der Heimat, ist es für mich jedesmal ein Freudentag, wenn ich eine neue Nummer der "Roten Fahne" erhalte. Es erfüllt mich mit großer Genugtuung, wenn ich sehe, daß die Tribüne der Marxisten-Leninisten in der KPO immer besser wird, daß sie den aufrechten Genossen in den Organisationen immer mehr hilft, die Wahrheit zu erkennen und den Lügen der Revisionisten mit Tatsachenkenntnis gewappnet entgegenzutreten. Es erfüllt mich jedoch mit Erbitterung und Sorge, wenn ich lesen muß, wie skrupellos jede sachliche Diskussion in der Partei abgewürgt wird; wie immer mehr bewährte Genossen wegen ihres ehrlichen und offenen Bekenntnisses zu den Traditionen und Kampfzielen unserer Partei, wegen ihrer Solidarität mit den widerrechtlich gemaßregelten Genossen und wegen ihrer Kritik an der um sich greifenden revisionistischen Entartung Repressalien unterworfen, ja sogar aus der Partei ausgeschlossen werden; wie gewissenlose Funktionäre sich zu schändlichen Polizeimethoden gegen Marxisten-Leninisten hergeben.

Wenn die Revisionisten in der Parteiführung mit dieser verderblichen Praxis fortfahren, wenn ihnen die grundsatztreuen Kommunisten nicht furchtlos in den Arm fallen, dann wird dieses prinzipienlose bürokratische Vorgehen mit eiserner Logik unweigerlich eine Spaltung der Partei herbeiführen; dann werden die Revisionisten den ihnen noch folgenden Teil der Parteimitglieder noch rascher und noch tiefer in den Sumpf des Sozialdemokratismus zerren, in dem sie schon heute stekken; dann werden diese Renegaten des Kommunismus zu einer bedeutungslosen reformistischen Splittergruppe degradieren, die von den Arbeitern unbeachtet bzw. verachtet wird, von den Pittermännern aber, denen sie sich schon jetzt anbiedern, jedesmal Fußtritte bekommen, wenn sie ihnen den Steigbügel halten, damit sie sich aufs Kanzlerroß schwingen können.

Reformistische Parteien, denen es nur ums Gulasch geht, kann es mehrere geben; eine kommunistische Partei aber, die konsequent revolutionär ist (andernfalls hört sie eben auf, eine echte kommunistische Partei zu sein), kann nur eine einzige Partei sein, nämlich jene Partei, die unerschütterlich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht. Die österreichische Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Partei, und es ist die ehrenvolle Aufgabe der "Roten Fahne", dafür zu wirken, daß die KPÖ wieder eine solche Partei wird, daß sie zu sich selbst zurückfindet.

Mit kommunistischem Gruß

Karl Sacher

"INFOLGEDESSEN LEBT DAS REVOLUT

(Aus dem "Offenen Brief" d

Die USA haben nicht nur angekündigt, ihre bewaffneten Spionageflüge über Kuba fortzuführen, sondern ihre Sprecher haben drohend hinzugefügt, daß Kuba keine Maßnahmen gegen diese flagranten Verletzungen seines Luftraums ergreifen dürfe. Während Präsident JOHNSON zynisch genug war, zu "warnen", "jede Aktion, sie (die Spionageflüge) zu verhindern, wäre eine sehr ernste Handlungsweise", prahlen die Militärs im Pentagon schon damit, solche Abwehrmaßnahmen Kubas mit einem "massiven Bombardement" zu beantworten. Wie in einer Note des kubanischen Außenministers Raul ROA an den UNO-Generalsekretär U THANT am 23.April berichtet wurde, haben die USA einige hundert Düsenflugzeuge in den Flotten- und Luftwaffenbasen Floridas bzw. auf den nahe Kubas befindlichen Flugzeugträgern konzentriert, die nur auf den Befehl zu warten scheinen, einen solchen Terrorangriff durchzuführen.

In seiner Ansprache bei der Massenkundgebung am 1.Mai in Havanna hat Ministerpräsident Fidel CASTRO dazu aufgerufen, die ernste Natur dieser Drohungen und Maßnahmen zu erkennen. Er hat feierlich erklärt, daß Kuba die US-Luftpiraterie nicht dulden und sich aller Mittel bedienen wird, um diese Provokationen abzustellen. "Wenn alle Vernunftgründe versagen", warnte er, "wenn rechtliche und moralische Argumente wirkungslos werden, dann werden wir solche Flüge, die einen bewaffneten Angriff auf unsere Souveränität bedeuten, <u>mit den Waffen zurückweisen!"</u>

Seit der "karibischen Krise" im Oktober 1962 hat der amerikanische Imperialismus seine Aggression gegen Kuba nicht einen Augenblick lang eingestellt. Wie in der Note Raul ROAS an U Thant im Detail gezeigt wird, haben die USA zwischen Oktober 1962 und April 1964, also innerhalb von 18 Monaten - neben der völkerrechtswidrigen Wirtschaftsblockade und den Vorbereitungen zu einer Kollektivintervention - folgende Aggressionen gegen Kuba unternommen:

- 15 Invasionsversuche und bewaffnete Überfälle aus der Luft oder vom Meer her,
- über 600 Spionageflüge mit U-2-Flugzeugen,
- 44 Verletzungen des kubanischen Luftraums mit anderen amerikanischen Militärmaschinen,
- 1.181 bewaffnete Provokationen und Sabotagehandlungen vom US-Stützpunkt Guantanamo aus.

---

"Hilfe! Der Kommunismus bedroht unsere amerikanische Lebensart!" →

Aus unserem englischen Bruderblatt "VANGUARD"



## NÄRE KUBA EIN FRIEDLICHES LEBEN..."

Zentralkomitees der KPdSU)

Das kubanische Volk liebt den Frieden. Um die Spannung im karibischen Raum zu beseitigen, unterbreitete die revolutionäre Regierung Kubas schon während der "Oktoberkrise" 1962 ihre fünf Vorschläge zum Schutz der Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes und als Grundlage friedlicher Verhandlungen mit den USA. Doch die amerikanischen Imperialisten beantworteten diese Vorschläge mit Wutausbrüchen. Sie wollten und wollen keinen Frieden, es sei denn einen solchen restloser Kapitulation. In der aussichtslosen Hoffnung, das kubanische Volk dazu zwingen zu können, daß es dem US-Imperialismus das "Recht" zur Verletzung der Souveränität Kubas einräumt, benützten die USA sogar ihr Abkommen mit der Sowjetunion über die sogenannten "Abzugsinspektionen" als Rechtfertigung ihrer Aggressionspolitik. Doch Kuba hat diese Versuche entschlossen zurückgewiesen.

"Wir weigerten uns, solche 'Inspektionen' hinzunehmen. Indem wir so handelten, gebrauchten wir unsere legitimen Rechte als souveräner Staat", erklärte Fidel CASTRO, und fügte hinzu:

"Wir wissen, wo sich die Demarkationslinie zwischen Friedensliebe und Unterwerfung vor den Feinden unseres Landes und des Friedens befindet. Jenseits dieser Linie wird Kompromiß zum Verrat und ein Zugeständnis zu machen würde bedeuten, daß alles verlorengeht."



## DIE OBERÖSTERREICHISCHE LANDESKONFERENZ DER KPÖ

Einen gewissen Vorgeschmack von dem, was sie auf dem um ein Jahr verschobenen Parteitag vorhaben, vermittelten die Revisionisten kürzlich auf der in Linz abgehaltenen Landeskonferenz der oberösterreichischen Parteiorganisation.

Es begann schon bei der Beschickung der Konferenz. Niemals noch ist die "Regie" bei der Auswahl der Delegierten so frech aufgetreten wie jetzt - im Zeichen der angeblich wiederentdeckten "innerparteilichen Demokratie". Es genügt zu sagen, daß sogar Parteifunktionäre, die schon zur Landeskonferenz eingeladen waren und die Delegiertenkarten erhalten hatten, brieflich wieder ausgeladen wurden, d.h. daß man ihnen buchstäblich am Vorabend der Konferenz plötzlich die Teilnahme daran sozusagen "auf dem Verordnungswege" verbot, nur um zu verhindern, daß der geplante revisionistische Chorgesang durch eine antirevisionistische Stimme gestört würde.

Sie haben dieses Ziel trotzdem nicht erreicht. Die gesunde Kraft, die in den Betrieben und Bezirken dem parteiamtlichen Revisionismus zum Trotz noch existiert, kam auf der Konferenz in Form einer harten, oft stürmischen Kritik an jenen Zuständen in der Partei zum Ausdruck, die eindeutig eine Folge der revisionistischen Prinzipienlosigkeit sind.

Naturgemäß spielten in der Diskussion die höchst fragwürdigen Umstände und Methoden eine große Rolle, mit denen in Jänner der langjährige oberösterreichische Landessekretär, Genosse Peter Kammerstätter, "erledigt" worden war. Kammerstätter selbst, auf den das ZK einen unverhüllten Druck ausübt (formell hat er selbst das Dienstverhältnis abgebrochen und steht nach jahrzehntelangem Parteidienst praktisch völlig mittellos da), zeigte sich der Situation politisch leider nicht gewachsen. Obwohl er in einer Stellungnahme unterstrich, auf Grund zahlreicher Fakten kein Vertrauen mehr zum Polbüro haben zu können und einerseits gegen den Revisionismus in Organisationsfragen, andererseits gegen die undemokratischen, autoritären Praktiken der Manager des "Apparats" richtig auftrat, wich er einer gründlichen politischen Analyse der Wurzeln dieser Erscheinungen doch aus und erklärte sich in müder Resignation schließlich sogar damit einverstanden, daß ihn die Ruschitzka, Wipplinger und Moser nicht mehr zur Wiederwahl in die Landesleitung kandidieren lassen wollten. Daß Genosse Kammerstätter dennoch - trotz Fehlen seines Namens auf der Kandidatenliste und dieser politischen Selbstaufgabe - die Stimmen von 21 Konferenzdelegierten bekam, die ausdrücklich seine Wiederwahl verlangten, kann nur als Demonstration der instinktiven Solidarität verstanden werden, die Kammerstätter bei vielen der besten Aktivisten als ein Nicht-Gleichgeschalteter, als Kommunist mit eigenem Urteil und mit Gefühl für politische und moralische Sauberkeit fand.

In organisatorischer Hinsicht brachte die Landeskonferenz einerseits eine radikale Verringerung der Landesleitungsmitglieder auf fast die Hälfte ihrer früheren Zahl und andererseits die faktische Auflösung

der drei Bezirksorganisationen Ried, Braunau und Schärding. Wenn diese einschneidenden Maßnahmen auch mit der Notwendigkeit stärkerer Konzentration, strafferer Organisation und Verbesserung der "Arbeitsfähigkeit" der Landesleitung begründet wurden, waren doch auch andere Beweggründe unübersehbar. Während die Apparatleute vollzählig in der Landesleitung blieben, wurden eine Reihe von Vertretern der Organisationen mit dem "technischen Schmäh" abgehängt, darunter auch der verdienstvolle bisherige Bezirksobmann von Ried, Genosse Alois MAIER. Überhaupt ist die Auflösung der Bezirksorganisationen Ried, Braunau und Schärding (und die Einführung einer Art von bestellten "Beauftragten" anstelle gewählter Leitungen) sicher nicht ganz unbeeinflußt von der Tatsache, daß es in diesen Bezirken starke antirevisionistische Tendenzen gibt.

## FRANZ MAREKS NEUESTE "ARGUMENTE"

Am 4.Juni berichtete Franz MAREK in Favoriten über den 17.Parteitag der KP Frankreichs. In der anschließenden Diskussion meldete sich auch Genosse Armin FREUDMANN zum Wort. Doch der Vorsitzende "übersah" ihn beharrlich und forderte Marek schließlich zum Schlußwort auf, ohne Genossen Freudmann zu beachten. Als dieser nun seine Wortmeldung unüberhörbar in Erinnerung brachte, warf Marek einen raschen Blick auf die Uhr und sagte bedauernd: "Ich habe aber nicht mehr so viel Zeit". Genosse Freudmann antwortete, daß er auch das als eine Antwort auf seine Fragen auffasse. Da platzten Marek und der Vorsitzende heraus: "Deine Fragen kennen wir schon!"

Als die Versammlung schon im Weggehen war, richtete Genosse Freudmann an Marek die Frage, ob diese Vorgangsweise der neuesten Form der Diskussionsfreiheit in der Partei entspreche. Marek explodierte: "Mit Dir diskutiere ich nicht mehr, denn Du bist ein gemeiner Lügner! Du hast in der 'Roten Fahne' schamlos über mich gelogen!" (Er bezog sich auf den Artikel in der Nummer vom 1.März, in dem über Mareks Vortrag "Die Welt nach dem Tode Kennedys" berichtet wurde).

Genosse Freudmann antwortete, daß er Marek nicht wegen Ehrenbeleidigung klagen werde, obwohl der Bericht in der "Roten Fahne" leicht zu überprüfen sei. Statt einem bürgerlichen Gericht schlug er aber ein anderes, wirklich zuständiges Gericht zur Klärung des Falles vor:

> Die selben Genossen, die an jenem Diskussionsabend teilgenommen hatten, sollten nun zusammenkommen, um den diesbezüglichen Bericht der "Roten Fahne" zu diskutieren und sich so ein Urteil darüber zu bilden, w e r ein gemeiner Lügner ist!

Diesen fairen Vorschlag lehnte Marek mit neuen Beschimpfungen ab. Damit hat er sich selbst das Urteil gesprochen - aber nicht nur sich selbst, sondern auch der "Diskussionsfreiheit" in der Partei, die der "Diskussionsfreiheit" in der SP verteufelt ähnlich sieht.

Auch die SP-Führung hat politische Diskussionen mit Kommunisten lange Zeit unter allerlei Vorwänden abzulehnen versucht. Es hat ihr nichts genützt, sie mußte sich - wenn auch widerwillig - schließlich doch mit den politischen Argumenten der Kommunisten auseinandersetzen. Die modernen Revisionisten folgen auch hier treu den Spuren der SP. Kein Trick - weder die Berufung auf ihre angeblich "gekränkte Ehre", noch das lautstärkste Geschimpfe gegen unbequeme Diskussionsteilnehmer - wird ihnen auf die Dauer helfen, der Diskussion auszuweichen, die sie offenbar so sehr fürchten.

## "WOS BRAUCH' MA DÖS!"

(VDS-Gedanken)

Das ist keine Erklärung eines Bürgerlichen, oder überhaupt eines Alten, der nicht verstehen kann, wozu sich junge (oder ganz allgemein) Leute zusammenschließen. Nein. Die Frage wurde von Mitgliedern des VDS selbst erhoben: BRAUCHEN WIR HEUTE IN ÖSTERREICH EINE LINKE STUDENTENORGANISATION ? Oder ist das nur ein Überbleibsel aus einer anderen Geschichtsepoche, die wir soeben "überwunden" haben?

Die revisionistisch geschmierte bürgerliche Meinungsbildungsmaschine hat großartig funktioniert: die Mitglieder einer eindeutig politischen Organisation sind schon so entpolitisiert, d.h. sie wissen bereits so wenig von der politischen Richtung, die ihre Vereinigung haben sollte, daß sie die Organisation selbst in Frage stellen.

Man muß es unterstreichen: nicht jene Studenten, die die jetzige politische Linie des VDS ablehnen, stellen seine Notwendigkeit in Frage, sondern die anderen, deren Auffassungen dort jetzt triumphieren! Sie sind Opfer ihrer eigenen Politik: nachdem sie den VDS politisch als "linke Studentenorganisation" liquidiert haben, kommt ihnen die Frage, ob man ihn organisatorisch überhaupt noch braucht!

Der VDS hätte sich allem Anschein nach aufgelöst, denn die Lage sei völlig neu - sagten sie. Man bedenke: die kleinste linkspolitische Aktivität (ganz zu schweigen vom Klassenkampf) könnte die herrschende Schicht reizen, und die würde dann womöglich mit Atombomben reagieren! Nein, lieber sich auflösen, bevor was g'schieht, damit wenigstens die Leute später sagen können: Na, aber für den Frieden waren sie ja doch, die Kommunisten! (Bitte, dieser Satz ist authentisch! P.)

Ein findiger Kopf hat den VDS vorläufig noch gerettet:
SENSATION! GANZ NEU! ENDLICH AUCH IN ÖSTERREICH!
!!! DER VDS FORDERT: LIBERALISIERUNG!!!

Warum sollen denn nur die bürgerlichen Studenten Europas eine Stütze der Reaktion sein ? (Verständlich, daß sie das System nicht ändern wollen, das ihnen einmal die fetten Posten liefern soll!) Es ist nur natürlich, daß die studentische Avantgarde einer revisionistischen Parteiführung noch rechts von dieser steht. (In Frankreich gibt es das schon lange! Wir sind halt ein bißchen langsam in Österreich, aber wenn wir mal mal im Schuß sind, dann machen wir es viel, viel gründlicher!) So weit rechts, daß ihr Vorgehen sogar in höchsten Kreisen der Partei zu Meinungsverschiedenheiten führt! Zum Beispiel über den FALL PROFESSOR HAVEMANN.

Ganz abgesehen vom Eindruck, daß es gewissen Initiatoren der öffent-

lichen Diskussion darüber*) um eine Rechtfertigung mehr für die Erlangung einer Professur hier im Westen geht (wenigstens war dies das einzige Argument von dieser Seite), war den meisten Anwesenden eigentlich garnicht klar, worum hier diskutiert werden sollte.

Man war gegen Phrasen. Aber man verlangte ganz entschieden: DIE LIBERALISIERUNG! Nicht etwa in Südafrika, Spanien, Brasilien, Venezuela, wo eine kleine Clique faschistischer Ausbeuter das Volk brutal unterdrückt (was in den empfindlichen Ohren mancher "Kommunisten" aber schon zu primitiv, zu abgedroschen, zu dogmatisch etc. klingt)! Nein, ausgerechnet in der ständig und sehr ernst vom remilitarisierten, revanchistischen Westdeutschland bedrohten, mit ungeheuren Schwierigkeiten (darunter dem modernen Revisionismus) ringenden DDR!

Die Veranstalter hielten es für recht notwendig, zu beteuern, daß sie ja nicht gegen die DDR "als solche" sind, bloß halt eine richtige "Entstalinisierung" fehlt noch - und die Mauer müßt weg, der Ulbricht natürlich auch. - Solche Forderungen sind nicht neu. Es gibt sie in irgend einer Form, seitdem es einen Arbeiterstaat gibt. Nur wurden sie früher nur von bürgerlichen und deren Interessen dienenden Kreisen gestellt.

Ob die vorliegende Sensation (und noch folgende) den VDS retten wird, ist fraglich. Sie könnte vielleicht zu einem kleinen Häufchen Linksintellektueller und Liberaler führen. Das aber endet - ganz abgesehen davon, ob es sowas in Österreich überhaupt gibt - zwangsläufig in der Auflösung, denn Liberale pochen so sehr auf ihren Individualismus und fürchten so sehr, sich endgültig festzulegen, daß eine Organisation von Liberalen auf der von den VDS-Leuten angestrebten "SALONFÄHIGEN" Basis ein Widerspruch in sich ist.

Die Gewinner der Wandlungen und Neuerungen im VDS sind nicht in seinen Reihen zu suchen. Es sind nur jene, die ein Interesse daran haben, daß eine Anzahl junger Leute, die Kommunisten waren oder hätten werden können, endgültig zur Überzeugung kommt, daß es bei uns keine politischen Probleme gibt, die man durch Kampf lösen müßte. Sie werden sich dann einreihen in das Heer der konsumierenden (auch Meinung konsumierenden) Jugend, die - ausgestattet mit allen bürgerlichen Freiheiten, aber ohne Freiheit - arbeiten und kaufen kann, so viel sie will. Und gewisse Leute werden jammern, daß man nichts machen könne, weil die Jugend halt garso entpolitisiert sei.

Also dann, alle zusammen: LIBERALISIERUNG!!!!!

Paul

---

Siehe auch Seite 11 der vorliegenden Nummer.




ERHOLSAMEN URLAUB

wünscht allen ihren Lesern und Aktivisten

die "ROTE FAHNE".



# IN ALLER WELT : KAMPF GEGEN DEN MODERNEN REVISIONISMUS

## Der 8. Kongreß der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen in Budapest

Vom 31. März bis 5. April tagte in Budapest der 8. internationale Kongreß der demokratischen Juristen. Während des gesamten Verlaufes des Kongresses konzentrierten sich die Debatten auf die folgenden wichtigen Grundfragen:

Worin bestehen die gemeinsamen Aufgaben der demokratischen Juristen der verschiedenen Länder in der heutigen Welt? Können sie die widersinnige Idee akzeptieren, daß man alles einer sogenannten "friedlichen Koexistenz" und der sogenannten "allgemeinen und vollständigen Abrüstung" unterordnen soll? Sollen sie sich dem Kampf der Völker der Welt gegen den Imperialismus, in erster Linie gegen den amerikanischen Imperialismus, anschließen oder nicht? Sollen sie aktiv den gerechten Kampf der Völker für die Erringung und Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und zur Verteidigung ihrer Rechte und Freiheiten unterstützen oder das als nicht in ihre "Kompetenz" fallend betrachten?

Die chinesischen Delegierten und die Sprecher vieler anderer Länder, so insbesondere die von Korea, Vietnam, Japan, Albanien, Ceylon usw., prangerten die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus unter der Führung des amerikanischen Imperialismus und die andauernde Verletzung der Grundprinzipien des internationalen Rechtes durch den Kolonialismus und den Neokolonialismus an und riefen zum Kampf dagegen auf. Sie wandten sich gegen jene, die unter Berufung auf "friedliche Koexistenz" und "vollständige Abrüstung" weder den Imperialismus bekämpfen noch die nationale Unabhängigkeitsbewegung unterstützen wollen und eine solche Politik dem Kongreß aufzudrängen versuchten. Viele Delegierte aus Asien, Afrika und Lateinamerika stimmten diesen Ausführungen und Vorschlägen begeistert zu. In ihren eigenen Erklärungen gaben sie den gerechten Bestrebungen ihrer Völker für die Verteidigung des Weltfriedens, die Bekämpfung des Imperialismus und die Sicherung der nationalen Unabhängigkeits- und Freiheitsrechte Ausdruck. Der Delegierte von Uganda sagte z.B., daß trotz der honigsüßen Worte mancher Leute die afrikanischen Völker entschlossen sind, ganz Afrika vom Kolonialismus zu befreien. Der Delegierte Angolas betonte die Entschlossenheit seines Volkes zur Fortführung des bewaffneten Kampfes um seine nationale Unabhängigkeit. Der kubanische Delegierte zeigte auf, daß der amerikanische Imperialismus weiterhin bestrebt ist, die kubanische Revolution zu vernichten. Er pries den heroischen Kampf der Völker von Asien, Afrika und Lateinamerika gegen den Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit und forderte die entschiedene Unterstützung ihres Kampfes. Der indonesische Delegierte betonte, daß es keine "friedliche Koexistenz" zwischen Unterdrückten und Unterdrückern geben kann und daß Indonesien mit "Malaysia", einem Produkt des Neokolonialismus, nie friedlich koexistieren werde.

Andererseits hörte man auf dem Kongreß auch Mißtöne, Stimmen, die gegen die gerechten Forderungen der Völker der Welt gerichtet waren: Der jugoslawische Delgierte verteidigte die Imperialisten, indem er sagte: "Die jetzige Ära ist nicht eine Ära der Revolution, sondern eine Ära der Vernunft." Nach der Ansicht dieses Revisionisten ist anscheinend die Revolution nicht vernünftig und die Vernunft nicht revolutionär. Als der ungarische Delegierte in Wiederholung der sowjetischen Argumente einer prinzipienlosen "friedlichen Koexistenz" und einer illusionären "vollständigen und allgemeinen Abrüstung" bei Fortbestehen des Imperialismus

das Wort sprach und dabei den richtigen Standpunkt Chinas verdrehte und verdächtigte, wurde er durch einen demonstrativen Applaus der sowjetischen Delegierten und deren Anhänger bedacht. Im offenen Widerspruch zur Geschäftsordnung wurde den chinesischen und japanischen Delegierten (die gleichfalls angegriffen worden waren) das Wort zur Erwiderung verweigert und erst später konnte die chinesische Delegierte ihr Erwiderungsrecht durchsetzen: Sie betonte, daß die chinesischen Delegierten auf dem Kongreß immer bemüht waren, Tatsachen zu bringen und die Probleme einer gründlichen Überlegung zu unterwerfen, während die Delegierten der Sowjetunion und eine Handvoll ihrer Anhänger wiederholt mit den Füßen getrampelt, gebrüllt und geschrien hatten, wenn die chinesischen Delegierten sprachen. Das pöbelhafte Verhalten dieser Leute, das zu demokratischen Juristen so wenig paßt, ging so weit, daß die sowjetischen Delegierten in einem Fall eine Rede eines chinesischen Delegierten durch Lärmen unterbrachen und ihre Fortsetzung verhinderten. Sowjetische Delegierte hatten auch damit begonnen, die chinesische Regierung und China auf der Vollsitzung und in Kommissionen zu beschimpfen. Sie sprachen über Einheit, tatsächlich arbeiteten sie direkt auf eine Spaltung des Kongresses hin, indem sie die ehrlichen Revolutionäre beleidigten, die mit ihren falschen Ansichten nicht einverstanden waren. „Die sowjetischen Delegierten benahmen sich nicht wie Menschen mit guten Absichten", sagte die chinesische Delegierte, „als sie die Delegierten in scheinheiliger Weise aufriefen, nur über das "Recht" zu sprechen, und nicht über "Politik". Sprachen etwa die sowjetischen Delegierten nicht über "Politik" als sie- unabhängig von dem jeweils zur Diskussion stehenden Thema - ständig "Koexistenz" mit dem Imperialismus predigten? Offenbar wollten sie bloß über nicht-revolutionäre und konterrevolutionäre Politik sprechen und andere daran hindern, über revolutionäre Politik zu sprechen.

Sehr aufschlußreich war die chinesische Stellungnahme zur Frage der sogenannten "friedlichen Regelung territorialer Streitigkeiten", in der es sinngemäß hieß:

Sowjetische Führer haben vor kurzem einen sogenannten Vorschlag zum Verzicht der Anwendung bewaffneter Gewalt zwischen den Nationen zum Zwecke der Regelung territorialer Streitigkeiten und von Grenzfragen herausgebracht; und nun wollen einige Leute auf diesem Kongreß für diesen Vorschlag Stimmung machen. Aber wofür macht man damit eigentlich Propaganda? Territoriale Streitigkeiten und Grenzfragen sind ihrer Natur nach sehr kompliziert, aber es ware eine Täuschung zu glauben, daß sie die Wurzel und Ursache militärischer Konflikte und von Kriegen zwischen Nationen sind und der "Ursprung" internationaler Spannungen. Eine solche Behauptung ist nicht nur irrig, sondern auch überaus reaktionär. Die Wurzel und Ursache der internationalen Spannung und der Kriegsgefahr liegt vielmehr in der Politik der Aggression und des Krieges, wie sie von den Imperialisten im allgemeinen und den amerikanischen Imperialisten im besonderen betrieben wird. Aber jene, die ihre "Besorgnis" über territoriale Streitigkeiten zwischen den Nationen ausdrücken, machen vom amerikanischen Imperialismus als dem Ursprung alles Unheils keine Erwähnung. Ist das nicht ein vorsätzlicher Versuch, die amerikanischen Imperialisten von der Verantwortung für ihre Verbrechen freizusprechen und die Völker abzulenken?

Die Unterdrückung der Völker durch die Imperialisten und alten und neuen Kolonialisten, die illegale Okkupation der Gebiete vieler Länder auf Grund ungleicher Verträge und unter dem Vorwand militärischer Basen und Konzessionen, die Spaltung Deutschlands, Koreas und Vietnams mit Hilfe imperialistischer Marionettenregimes, die Okkupation des chinesischen Territoriums von Taiwan durch die amerikanischen Imperialisten usw. - all diese Probleme sind Probleme der Aggressions- und Kriegspolitik

der amerikanischen Imperialisten und nicht eine Frage "territorialer Streitigkeiten". Jene, die in allgemeinen Worten über ein "Verbot der Anwendung von Gewalt zur Regelung territorialer Streitigkeiten" schwätzen, versuchen in Wahrheit, die unterdrückten Nationen von ihrem Kampf für Unabhängigkeit und Befreiung zurückzuhalten, den Staaten, die Opfer der Aggression sind, ihr Recht, die geraubten Gebiete wiederzuerlangen, zu nehmen und den Kampf der Völker der Welt gegen den Imperialismus zu behindern. Der Vorschlag auf die Anerkennung und Sicherung der von den Imperialisten durch Aggression erworbenen "Besitztümer" läuft auf deren Legalisierung hinaus. Das kann die Aggressivität dieser reaktionären Kräfte nur steigern und ihnen neue Raubzüge erleichtern.

Die chinesische Delegierte schloß mit den Worten: "Es ist jetzt völlig klar, daß mit dem Trick des 'Verzichts auf den Gebrauch von Gewalt zur Regelung territorialer Streitigkeiten' ein neuer großer Betrug nach dem Muster des Moskauer Dreiervertrags angestrebt wird. Wir betrachten es als unsere unbedingte Pflicht, diesen Betrug bloßzustellen und den Völkern der ganzen Welt die Wahrheit zu sagen."

# AUS UNSEREN BRUDERZEITUNGEN

**Den nachstehenden Artikel sowie die dazugehörige Karikatur entnehmen wir der Mai-Nummer 1964 unserer in den Vereinigten Staaten von Amerika erscheinenden, trotz tausend Schikanen und Behinderungen durch den reaktionären Staatsapparat unbeirrbar wirkenden Bruderzeitung "PROGRESSIVE LABOR".**

**Es drängt uns, bei diesem Anlaß unseren amerikanischen Genossen, den schwarzen und den weißen, die ihren Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Opportunismus und Revisionismus unter ungleich schwierigeren Bedingungen führen als wir, unsere brüderlichen Grüße zu senden und ihnen aus ganzem Herzen Erfolg in ihrem mutigen Kampf zu wünschen.**

DIE REDAKTION

## NEW YORKER WELTAUSSTELLUNG- IM ZEICHEN DES POLIZEIKNÜPPELS

"Frieden durch gegenseitiges Verstehen", dieser clevere Slogan der New Yorker Weltausstellung wurde zu einem makabren Scherz , als am 22. April die Polizeiknüppel krachend auf die blutigen Köpfe der Demonstranten für die Bürgerrechte niedersausten; an die dreihundert wurden am Tag der Eröffnung verhaftet.

Während Präsident JOHNSON des langen und breiten von dem ruhmreichen Tag daherredete, an dem "niemand mehr wegen seiner Hautfarbe oder seines Glaubens unter Verfolgung zu leiden hätte", "beschützte" City-Polizei, Verkehrspolizei und der für die Weltausstellung bereitgestellte Pinkerton-Polizeitrupp die Untergrundbahn (auf jedem Wagen fuhr mindestens ein "Polyp" mit), die Fahrbahnen (Polizisten standen auf beiden Seiten des Straßenrands in ungefähr sechzig Meter Abstand) sowie das Ausstellungsgelände (drei große be-

helfsmäßige Einpfählungen wurden an "abgelegenen Plätzen" auf dem Ausstellungsgelände errichtet, um verhaftete Demonstranten aufzunehmen).

Dutzende von Demonstranten wurden von der Polizei mit Gummi-Knüppeln geschlagen - einem jungen Mann wurden die Zähne eingeschlagen, als er mit Handschellen an einen anderen Demonstranten gefesselt wurde. Andere wurden, die Füße voran, über Stiegen oder aus den Untergrundbahnen geschleift. Mindestens vier Demonstranten wurden mit blutigen Köpfen und Gesichtern auf Nr. 110, Queens-District, gebracht. Die Polizei verwendete neben Tausenden bewaffneter Männer in Uniform tragbare Sprechfunkgeräte, Funkwagen und mehr als ein halbes Dutzend Hubschrauber.

Sie waren offensichtlich auf eine harte Schlacht vorbereitet und hatten Befehl, nicht zu zartfühlend zu sein.

Der GRUND DIESER PANIK im Polizeiapparat war die Ankündigung der Kirchengemeinde von Brooklyn, aus Autos eine Straßensperre zu errichten, um so für ihre Forderungen zu demonstrieren. Diese Aktion sollte von militanten, für die Bürgerrechte kämpfenden Gruppen aus allen Teilen des Landes unterstützt werden.

DIE FORDERUNGEN LAUTETEN: DIE NEGER SOLLEN DAS GLEICHE RECHT AUF GUTE ARBEITSPLÄTZE HABEN WIE DIE WEISSEN - ENDE DES POLIZEITERRORS - RASSEN-INTEGRATION IN DEN SCHULEN - AKTIONEN DER STADT-VERWALTUNG GEGEN DIE SLUMLORDS.

Die Demonstranten waren entschlossen, eine Behinderung des Verkehrs zu unterlassen, wenn der New Yorker Bürgermeister Wagner ihre Forderungen erfüllen würde. Statt dessen ließ sie der Bürgermeister niederknüppeln.

Wenn auch der Plan, den Verkehr zu behindern, als Kampfmethode relativ schwach ist, so widerspiegelt er doch die wachsende Verzweiflung vieler Neger in Amerika, die um Geichberechtigung kämpfen. Und die Reaktion der Regierung, der Polizei, des Bürgermeisters, der Senatoren und des Präsidenten enthüllte den wahren Charakter dieser Institutionen.

Die Neger haben in den vergangenen fünf Jahren gemeinsam mit ihren weißen Freunden in wachsender Zahl Sitzstreiks veranstaltet, Aufmärsche durchgeführt, Bittschriften eingereicht, gebetet, gefordert und gehofft - und trotzdem wurde kein wesentlicher Fortschritt erzielt, um die Gleichberechtigung zu erlangen. Der "friedliche Weg" führt zu nichts, und die Leute haben es satt, sich ohne Aussicht auf Erfolg über die Schädel hauen zu lassen. Der Versuch, den Verkehr zu blockieren, war das Anzeichen eines im Entstehen begriffenen kämpferischen Geistes, geboren aus einem Gefühl der Not, aber auch der Kraft: "Wir können den Verkehr, ja den ganzen Zwangsapparat der Weißen lahmlegen, wir können uns wehren, und wir werden es, wenn notwendig, auch tun!"

Die Zurschaustellung der Polizeigewalt und des Polizeiterrors durch die Regierung war ebenfalls ein Anzeichen der kommenden Entwicklung, eine Warnung: Ein paar Transparente kann man ja tolerieren, aber nehmt diesen ganzen Freiheitsrummel nur ja nicht zu ernst, sonst werdet ihr sogleich am eigenen Leib die harte Wahrheit verspüren, daß zwischen Polizisten (oder Bürgermeistern) in Mississippi und New York kein wesentlicher Unterschied besteht!

Gleichzeitig macht die Regierung Überstunden, um die Freiheitsbewegung zu spalten. Auf der einen Seite operiert sie mit den zur "Zusammenarbeit" bereiten Negerführern aus den Mittelschichten (WILKINS, FARMER usw.), während sie auf der andern gegen die kämpferisch eingestellten Gruppen aufs niederträchtigste vorgeht.

Diese Strategie von Zuckerbrot und Peitsche war bei der Demonstration anläßlich der Weltausstellung deutlich zu sehen. Als James FARMER, der Vorsitzende der nationalen Kirchengemeinde, auf der Weltausstellung verhaftet wurde, sagte der Chef-Detektiv William KIMMINS: "Geht mit ihm so sanft wie möglich um, Männer." Einige Tage später wurde Farmer zu einer"Privatunterredung" mit dem faschistischen Polizeichef New Yorks, MURPHY, eingeladen. Die kämpferisch eingestellten Demonstranten aber, die Farmer aus der Kirchengemeinde suspendiert hatte, wurden von der Polizei brutal niedergeschlagen. Und Arnold GOLDWAG, Leiter der suspendierten Brooklyner Kirchengemeinde, wurde zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis verurteilt.

Es ist interessant, daß sich Farmer und Co, damit ihnen die Zügel des Kampfes für die Rassenintegration nicht aus den Händen gleiten, veranlaßt sahen, Sitzstreiks auf der Weltausstellung zu veranstalten und einige kämpferische Phrasen gegen den Polizeiterror vom Stapel zu lassen. Dieses Bemühen, die kämpferischen Gruppen auszuschalten, hatte diesmal teilweisen Erfolg, da keine große Masse von Demonstranten eingesetzt worden war.

Das Unternehmen erreichte vor allem deshalb nicht das gesteckte Ziel, weil es den Organisatoren nicht gelang, Unterstützung von den Negerarbeitern in Harlem, Bedford-Stuyvesant und anderen Negergemeinden in New York zu erhalten. Auch andere Faktoren trugen zu seiner Schwäche bei, z.B. ungenügende Organisation, Angst vor Repressalien, Mangel an Unterstützung aus anderen Teilen des Landes. Aber der entscheidende Grund war das Fehlen von Massenaktionen.

Der Fehlschlag des Versuchs, den Verkehr lahmzulegen, wird es den neuen, jungen Führern in Zukunft schwieriger machen, Unterstützung zu erhalten.

Aber das wichtigste ist, daß dadurch die wahre Natur der Regierung enthüllt und die Öffentlichkeit auf den Kampf um die Gleichberechtigung aufmerksam gemacht wurde. Die versuchte Verkehrsblockade führte Johnsons Plattheiten ad absurdum und zeigte die Weltausstellung als eine glitzernde Fassade, hinter der sich die




JOHNSONS ERÖFFNUNGSREDE

(Aus "Progressive Labor")

nackte Gewalt verbirgt. Immerhin hielt der Versuch, den Verkehr lahmzulegen, Tausende von Menschen davon ab, am Eröffnungstag die Weltausstellung zu besuchen.

Als Kampftaktik mag die Verkehrsblockade nicht das beste Mittel sein. Man könnte einwenden, daß das Ziel etwas verschwommen war, daß ein Verkehrschaos höchstens Verwirrung statt Verständnis bei den Weißen, die mit den Negern sympathisieren, verursacht hätte, und daß ein unmittelbarer Angriff auf die Industrie-Exponate auf der Ausstellung besser gewesen wäre. Aber das ist nicht das Wesentliche.

Wesentlich ist, daß mehr und mehr junge, kämpferische Neger genug haben von lahmen Protesten, die gemäß den Spielregeln der weißen Gesetzesmacher erlaubt sind.

Wesentlich ist, daß die meisten Weißen in unserem Land noch immer indifferent oder gar gegen die Freiheitsbewegung sind - trotz Emmet Till, Medgar Evers und des Birmingham-Attentats.

Wesentlich ist, daß die jungen Kämpfer bereit sind, mutig und entschlossen für die Freiheit zu kämpfen - <u>und sie muß man unterstützen.</u>

Gleichzeitig müssen <u>neue Elemente</u> in die Freiheitsbewegung gebracht werden, selbst wenn nur geringe Erfolge erzielt werden können. Vor allen Dingen kann nichts erreicht werden ohne aktive Teilnahme hunderter und tausender schwarzer Männer und Frauen in Städten wie Birmingham, Jackson, Nashville und im ganzen Norden. Sonst steht jede Aktion, auch wenn sie noch so kämpferisch ist, vereinzelt da,

---


ABONNIERT DIE "ROTE FAHNE" !

Die regelmäßige Lektüre der "ROTEN FAHNE" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten nicht nur für jeden auf revisionistische Scheuklappen verzichtenden Kommunisten, sondern bildet eine immer wichtigere Quelle politischer Information für jeden an der revolutionären Entwicklung interessierten Menschen.

Wir sind gerne bereit, ernsten Interessenten die Zeitung einige Zeit kostenlos zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Auf die Dauer aber sichert natürlich nur ein Abonnement die pünktliche und regelmäßige Zusendung der Zeitung.

Jahresabonnement . . . . . S 65,-
Halbjahresabonnement . . . 35,-
(Postscheckkonto Nr. 173.848)

Ein Abonnement sichert außerdem die kostenlose Belieferung mit einer Vielzahl wichtiger politischer Broschüren und aktuellem Informationsmaterial aus der kommunistischen Weltbewegung.

und kann den Zwangsapparat des Staates nur belästigen, wie eine Wespe, die man leicht zerdrückt. Aber den Stachel der breiten Massenbewegung wird die Regierung schmerzlich fühlen!

Zweitens müssen die um Gleichberechtigung und Freiheit ringenden Neger und ihre weißen Freunde bereit sein, dem Polizeiterror entgegenzutreten. Die Polizei, die Nationalgarde und die Bundestruppen haben gezeigt, daß sie Hunde, Pferde, Ochsenziemer und Gewehre gebrauchen, um die Massen zu unterdrücken. Die Freiheitsbewegung muß sich verteidigen, wenn sie überleben will - auch mit Gewalt!

Das ist die einzige Art des "Verstehens", das zum Frieden führt - bei uns und auf der ganzen Welt.

---

## DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG - DOKUMENTE

---

### BRIEF DER ARBEITERPARTEI VIETNAMS

### AN ALLE BRUDERPARTEIEN

Das Zentralkomitee der Arbeiterpartei VIETNAMS hat allen kommunistischen Bruderparteien einen Brief übermittelt, in dem es sich für eine gut vorbereitete Konferenz der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien ausspricht, aber vor den Folgen überstürzter Schritte ernstlich warnt. Der Brief, datiert mit 21.April 1964, lautet wie folgt:

Genossen!

Zusammen mit allen anderen Kommunisten der Welt machen wir uns unablässig schwere Sorgen über die ständig bedrohlicher werdende Entwicklung, die die Solidarität und Einheit des sozialistischen Lagers und unsere internationale kommunistische Bewegung bedroht.

Wie viele andere Bruderparteien haben wir erwogen, daß es für die revolutionäre Weltbewegung unermeßlichen Schaden bedeutete, der ernste Folgen nach sich zöge, wenn wir untätig zusehen würden, wie sich unsere Differenzen immer mehr vertiefen und schließlich sogar zu einer Spaltung des sozialistischen Lagers führen könnten. Das ist der Grund, warum wir seit dem 10. Jänner 1962 wiederholt den Vorschlag zur Abhaltung einer Konferenz der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien gemacht haben, um die bestehenden Differenzen zu bereinigen und unsere Solidarität und Einheit auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu festigen.

Angesichts der jetzt herrschenden, äußerst ernsten Situation sind wir uns bewußt, daß umsichtige Vorbereitungen nötig sind, wenn eine solche Konferenz die gewünschten Ergebnisse zeitigen soll. Zur Vorbereitung dieser Konferenz schlagen wir die folgenden zwei Schritte vor:

ERSTER SCHRITT: Wiederaufnahme der im Jahre 1963 zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Chinas abgehaltenen Gespräche, um sich über

die Punkte zu einigen, die einer vorbereitenden Konferenz einer Anzahl von Bruderparteien zur Diskussion vorgelegt werden sollen.

ZWEITER SCHRITT: Abhaltung einer vorbereitenden Konferenz von Vertretern einer Anzahl von Bruderparteien, um über die von der Konferenz der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien zu erarbeitenden Dokumente zu diskutieren und sie gründlich vorzubereiten.

WIR FÜRCHTEN ERNSTLICH, DASS EINE VORSCHNELL UND OHNE ENTSPRECHENDE VORBEREITUNGEN ABGEHALTENE KONFERENZ VON VERTRETERN DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN UNWEIGERLICH ZU EINEM TIEFEN RISS IM SOZIALISTISCHEN LAGER UND IN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG FÜHREN KÖNNTE!

Im gegenwärtigen Zeitpunkt verfolgen die Imperialisten und ihre Agenten jedes Detail der Differenzen in den kommunistischen und Arbeiterparteien. Sie versuchen mit allen Mitteln, unsere Meinungsverschiedenheiten zu vertiefen und die internationale kommunistische Bewegung zu schwächen. Wir Kommunisten müssen angesichts ihrer gefährlichen Intrigen und feindlichen Akte höchste Wachsamkeit an den Tag legen.

Die Aufgaben, die wir jetzt zu bewältigen haben, sind von größter Wichtigkeit und erfordern viel Klarheit und Umsicht. Unbedingt aber müssen wir bestrebt sein, die Solidarität und Einheit des sozialistischen Lagers auf der Basis des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und der Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960 zu bewahren.

Deshalb rufen wir alle Bruderparteien - insbesondere aber die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Kommunistische Partei Chinas - auf, gute Vorarbeit für eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien zu leisten, um imstande zu sein, die gegenwärtigen Differenzen zu bereinigen, damit die Einheit im sozialistischen Lager und in der internationalen kommunistischen Bewegung wieder hergestellt und gefestigt werden kann.

Was uns betrifft, so verpflichten wir uns, von ganzem Herzen zusammen mit den Bruderparteien für die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu kämpfen, um noch größere Siege für den Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus zu erringen.

Mit kommunistischen Grüßen

Das Zentralkomitee der
Arbeiterpartei Vietnams

---

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101